



Blick auf den Ortsteil Dahl: Diese neuen Windräder entstehen gerade nahe des Iggenhauser Weges.

FOTO: MARC KÖPPELMANN

122 Hektar mehr Platz für Energie aus Wind

125. Flächennutzungsplan: Die Grünen kritisieren, dass die ursprünglich geplante Fläche um 18 Prozent schrumpfen soll. Der Ortsteil Dahl ist nicht nur gefühlt von Anlagen umzingelt

VON SABINE KAUCHE

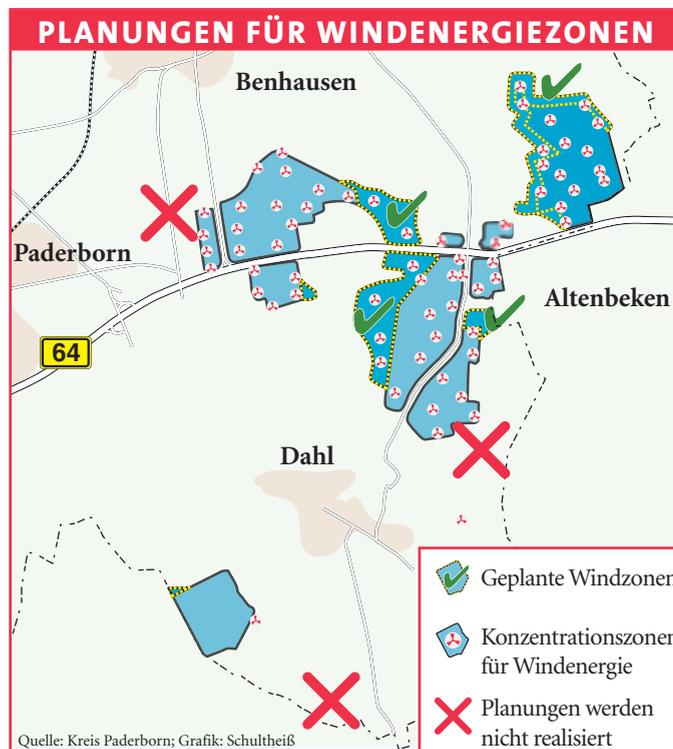
■ **Paderborn.** 243 Hektar Konzentrationsflächen für Windräder gab es in den 90er Jahren im Außenbereich des Paderborner Stadtgebietes. Aktuell sind es 421 Hektar. Eine Ausweitung der bestehenden Windenergiezonen im östlichen Bereich der Stadt um 122 Hektar auf dann 543 Hektar, das sieht der Entwurf des 125. Flächennutzungsplanes vor, mit dem die Kommune das Ansiedeln von Windrädern steuern kann. Ursprünglich war eine Ausdehnung um 148 Hektar geplant, doch angesichts des „Hotspots“ Dahl hat man die Bremse angezogen.

CDU, SPD und DIP haben nun im Bau- und Planungsausschuss des Stadtrates grünes Licht für die einmonatige Offenlegung gegeben – erneut werden dazu viele Stellungnahmen erwartet. Bereits am Jahresanfang waren zu dem 148-Hektar-Vorentwurf gut 100 Eingaben eingegangen, von denen ein Großteil aus dem Ortsteil Dahl kam. Dort fühlen sich Bürger von Windanlagen umzingelt.

„Dass es Dahl besonders trifft, liegt an den natürlichen Gegebenheiten, da es außer im Osten Paderborns keine wirklich geeigneten, zusammen-

hängenden Flächen gibt“, unterstrich Stadtplaner Michael Ahn (Coesfeld). Angesichts einer „gefühlten Umzingelung“ gab die Stadt eine Sichtbarkeitsanalyse in Auftrag. Objektives Ergebnis: Vom nördlichen Ortsrand kann man bereits heute 112 Windräder sehen und angesichts des Windparks Hasselt, der in Lichtenau entsteht, könnten es 128 werden. Vom südlichen Rand sieht man noch 80 Anlagen. „Das Ziel, in jedem Ort einen freien Sichtkorridor von 180 Grad zu haben, wird in Dahl nicht erreicht“, räumte Ahn ein: „Wir sehen Dahl als umfassten Ortsteil und wollen dort keine Verschlechterung mehr.“

Die noch unbelasteten Blickkorridore sollen daher frei gehalten werden. Aus diesem Grund wurden ein etwa 23 Hektar großes Gebiet bei Benhausen, das im Vorentwurf noch als Windkonzentrationsfläche vorgesehen war, gestrichen, sowie an anderen Stellen weitere drei Hektar. Benennt die Stadt solch sogenannte weiche Tabuzonen, wo grundsätzlich Windenergienutzung möglich wäre, muss das begründet sein. „Wenn man das städtebauliche Kriterium ‚Umfassung‘ nicht auf Dahl anwenden kann, wo denn dann?“ sagte Rechtsanwalt



André Unland (Münster).

„Wir sind überzeugt, einen sachgerechten Interessenausgleich zwischen Anwohnerschutz einerseits und Ausbau der Windenergie andererseits gefunden haben“, betonte die Technische Beigeordnete Claudia Warnecke. „Das ist das Beste, was man für die Dahler tun kann“, ist Unland sicher.

Eine Entscheidung müsse „zum Wohle der Stadt und nicht zum Wohle einzelner

Gruppen“ getroffen werden, kritisierte der Grüne Claus-Jürgen Wagner, dass 18 Prozent weniger Windvorrangzonen ausgewiesen werden sollen. Windkraft leiste einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz, schaffe Arbeitsplätze und generiere Steuereinnahmen. In der Innenstadt seien die Menschen von Gebäuden umzingelt, hätten ebenfalls keinen freien Blick – für sie sei der Anblick von Windrädern

geradezu „idyllisch“.

„Wir würden den Dahlern Zusätzliches auf“, kritisierte hingegen Hartmut Hüttemann (FBI). Während sich die FDP in Enthaltung übte, stimmte Koalitionspartner CDU für die Offenlegung. Der Protest in Dahl sei in vielen Punkten nachvollziehbar, in den Stellungnahmen lese man „die Verzweiflung der Bewohner“ heraus, meinte Ratscherr Christoph Quasten: „Der Vorentwurf wurde verbessert“.

Die Verwaltung habe sich intensiv um einen Ausgleich bemüht, befand DIP-Ratscherr Reinhard Borgmeier. Seiner Einschätzung nach sei die Argumentation juristisch recht wasserdicht. Die SPD stimmte mit „großen Bauchschmerzen“ zu. „Ich weiß nicht, ob wir die Latte zu tief legen“, sah Fraktionschef Franz-Josef Henze bereits Klagen von Investoren am Horizont.

Aktuell stehen 79 Windräder im Stadtgebiet oder sind genehmigt, 22 Anträge liegen vor. Wie viele neue Anlagen, die 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben müssen, auf 122 Hektar Platz finden, das mag Claudia Warnecke nicht in Zahlen fassen. „Das ist unter anderem von der Leistungsfähigkeit der Anlagen abhängig.“